



VERLOSUNGEN
 OVZ hat Tickets für ein Schlachtfest und die Ärzte-Coverband **Seite 17**

GEMEINSCHAFTSPROJEKT
 Vortrag zum Thema Damerkrankungen **Seite 13**

Medizinischer Samstag
 Lesen fragen - Ärzte antworten

FERNSEH-BEILAGE
 Neue Klassik-CD und aktuelle TV-Tipps **Prisma**

LOKALES
Streit um Finanzierung
Altenburg (E.P./jr). Um die Finanzierung des geplanten Viadukt-Radweges gibt es Streit. Während Nobitz und das Wieratal eine Kostenteilung wollen, möchte Altenburg zurzeit nur die anteiligen Kilometerkosten tragen. **► Seite 13**

LOKALES
Mäzen finanziert Bau
Windschleuba (reu). Im Frühjahr 2012 werden am Bürgerhaus in Pöppchen 25 Parkplätze gebaut. Das Geld für die Baukosten wurde der Gemeinde von Siegmar Neuhaus geschenkt. Bereits im vergangenen Jahr spendete er. **► Seite 15**

KULTUR LOKAL
Große Resonanz
Altenburg (F.E.). Ein Kunstfest zum 40-jährigen Bestehen hat das Studio Bildende Kunst am Sonntagmittag mit Hunderten von Gästen im Lindenau-Museum Altenburg gefeiert. **► Seite 17**

THÜRINGEN
Gegen Kommunalisierung
Erfurt (rbü). Die Grundschulorte sollen in die Obhut der Kommunen wechseln. Ein Bündnis aus Gewerkschaft und Opposition protestiert: Es drohen Einschnitte bei Erzieherinnen und Betreuung. **► Seite 4**

OVZ HEUTE

- **Leserbriefe:** Debatte um faire Löhne für gute Arbeit – **Seite 7**
- **Aus aller Welt:** Aufatmen: Sojus legt Traumstart hin – **Seite 24**

Liebe Leser,
 aufgrund des morgigen Buß- und Bettages, der in Sachsen ein gesetzlicher Feiertag ist, erscheint die nächste Ausgabe der Osterländer Volkszeitung erst wieder am Donnerstag.

KULTUR
Spektakuläre Ausstellung
Leipzig (jkl). Das Museum der bildenden Künste in Leipzig plant im Wagner-Jahr 2013 eine spektakuläre Ausstellung. Unter dem Arbeitstitel „Arbeiten am Pathos“ sollen die Verbindungen der Künstler Richard Wagner, Max Klinger und Karl May vorgestellt werden. Jeder verkörpert für sich den Anspruch des Gesamtkunstwerks, sagte Museumsdirektor Hans-Werner Schmidt, der morgen 60 wird. **► Seite 9**

RATGEBER
Tipps zur Gründung
Leipzig (sas). Zum Start einer bundesweiten Gründerwoche hat Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) gestern dazu aufgerufen, den Mut zur Selbstständigkeit zu fördern. Wer Fragen zum Thema Existenzgründung hat, kann diese **heute von 10 bis 12 Uhr** bei unserem Telefonforum im Rahmen der Aktionswoche an vier Experten richten. Einfach anrufen unter den Rufnummern: **0341 2155-871, -872, -873 und -874.**

FINANZEN

DAX 5985,02 (-1,19%)	TecDAX 698,55 (-1,16%)	EUR/USD 1,3659 (+0,0%)
-----------------------------------	-------------------------------------	-------------------------------------

WETTER

DI ☀️ 2° 0°	MI ☀️ 4° -1°	DO ☀️ 7° 3°
--------------------------	---------------------------	--------------------------

Der Turmuhr der Bartholomäi-Kirche geht's ans Zifferblatt



Zeitlos ist seit gestern der Turm der Bartholomäi-Kirche in Altenburg. Kunstschmied Ralf Gerhardt demontiert die Zifferblätter. Auch die Wetterfahne wird abgebaut. Dabei hilft ein schwerer Kran. In den kommenden Wochen sollen die historischen Stücke wieder ihren alten Glanz erhalten. **Foto: Mario Jahn**

Neonazi-Terror: Merkel will NPD-Verbot prüfen

Kanzlerin in Leipzig: Anschläge sind „Schande für Deutschland“

Leipzig. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) will angesichts der Neonazi-Mordserie die Erfolgsaussichten für ein neues NPD-Verbotsverfahren prüfen lassen. Der Rechtsterror sei eine „Schande für Deutschland“, sagte sie auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig.

TED

Soll es ein neues NPD-Verbotsverfahren geben?

Stimmen Sie ab:

Wählen Sie die Rufnummer

0137 10 60 20 und die **1** für „Ja“
0137 10 60 20 und die **2** für „Nein“

Ein Anruf (die Aktion läuft von 8 bis 18 Uhr) kostet 14 ct./Anruf aus dem deutschen Festnetz, abweichender Mobilfunktarif.

Die Ergebnisse werden am Donnerstag auf der Politikseite veröffentlicht. Diskutieren Sie mit in unserem Leserforum unter **www.lvz-online.de**

bei Terrorverdachtsmomenten bündeln. Das schlägt der thüringische CDU-Fraktionschef Mike Mohring vor. „Die Abwehr rechtsterroristischer Gefahren darf nicht an Ländergrenzen scheitern.“ Nach den völlig unglaublichen Vorgängen um das thüringische Neonazi-Trio sei klar: „Wir brauchen auch bei den Verfassungsschutzbehörden eine länderübergreifende Zuständigkeit, so wie dies vergleichbar bereits für den Generalbundesanwalt gilt.“

Die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ hat womöglich noch mehr Verbrechen begangen als bislang bekannt. Die Bundesanwaltschaft nahm Ermittlungen wegen eines Anschlags mit einer Nagelbombe 2004 in Köln auf. Dagegen gibt es bislang keine Hinweise auf eine Verbindung zum Döbelner Mordfall. **► Leitartikel/Seite 3**

Parteitag CDU beschließt Kompromiss zu Mindestlöhnen

Leipzig (bos/abö). Die CDU macht sich für weitere Mindestlöhne stark: Auf dem Bundesparteitag in Leipzig stimmten die Delegierten mit großer Mehrheit dafür, eine allgemeine verbindliche Lohnuntergrenze in den Bereichen einzuführen, in denen ein tarifvertraglich festgelegter Lohn nicht existiert. Die Höhe sowie regionale – etwa ostdeutsche – und branchenspezifische Besonderheiten sollen durch eine Kommission aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern festgelegt werden. Als Orientierung dienen bereits anerkannte Abschlüsse in anderen Branchen. Damit ergibt sich ein Korridor von 6,21 bis 13 Euro.

Der Wirtschaftsflügel der CDU sieht sich durch den Kompromiss der Partei gestärkt. „Wir können mit der Regelung gut leben. Die Tarifautonomie bleibt gewahrt“, sagte Fraktionsvize Michael Fuchs dieser Zeitung. **► Seite 2/Kommentar Seite 3**

Flughafen Leipzig Drogenschmuggel per Luftfracht

Leipzig (F.D.). Zollbeamte haben am Flughafen Leipzig-Halle 51 Kilogramm Kokain mit einem Marktwert von fünf Millionen Euro sichergestellt. Die Drogen waren versteckt in neun Surfrettern, sollten von Chile nach Spanien geschmuggelt werden. Seit Inbetriebnahme des Luftfrachtdrehkreuzes am Flughafen im Jahr 2008 favorisieren Schmuggler den Versand ihrer Ware per Luftfracht, weil dies risikoärmer ist und keine Kurierdienste notwendig sind. Der Zoll kann lediglich Stichproben machen. **► Seite 4**

Fußball-Gipfel Arbeitsgruppe gegen Fan-Gewalt

Berlin (dpa). Im Kampf gegen Gewalt in deutschen Fußball-Stadien setzen Verband, Liga und Politik auf Dialog statt Verbot. Eine neue Task Force soll einen Zehn-Punkte-Plan umsetzen. Ein Runder Tisch in Berlin demonstrierte dabei unerwartete Harmonie: Nach wochenlangen Kontroversen und Forderungen nach einer harten Hand im Umgang mit Randallierern wurden kaum Lösungen präsentiert. Einigkeit herrschte allerdings darüber, Pyrotechnik aus den Stadien zu verbannen. **► Seite 22**

LEITARTIKEL Von Andreas Debski

NPD-Verbot ändert nichts an rechten Einstellungen

Die Republik – und allen voran die Politik – ist in eine Art Schockzustand gefallen: Je mehr über die braune Terrorbande ans Licht kommt, desto weniger vorstellbar erscheint es, dass eine Gruppe im Untergrund jahrelang mordend durchs Land ziehen konnte. In dieses entsetzte Erstaunen schallt nun der Ruf nach einem Verbot der rechtsextremen NPD. Man hat sich an diesen wiederkehrenden Reflex der Politik, den Ausdruck ihrer Hilf- und Sprachlosigkeit, bereits gewöhnt: Nach Wahlerfolgen der NPD oder besonders schlimmen Neonazi-Überfällen soll ein ums andere Mal Karlsruhe bemüht werden. Doch so scheußlich es klingen mag: Das Parteiverbot würde die rechten Einstellungen kaum beseitigen. Das Gedankengut hat sich weit ausgebreitet, und das beileibe nicht nur im Osten und in der Unterschicht, sondern auch im Westen und bis in die sogenannte Mitte hinein.

Die Mörder des Nationalsozialistischen Untergrunds sind nicht deshalb unentdeckt geblieben, weil die NPD nach wie vor eine legale Partei ist – sondern weil Verfassungsschutz und Polizei versagten. Die NPD ist den meisten der gewaltbereiten Neonazis längst zu bürgerlich, dass sie in ihr eine Heimat finden würden. Im Gegenteil: Sie wenden sich ab. Ihre Sammelbecken heißen Freie Kameradschaften, die Landstriche zu national bereiften Zonen machen wollen. In einigen Teilen Ostdeutschlands, auch in Thüringen, ist ihnen das bereits gelungen.

Das ist möglich, weil Gemeinden und Städte um ihr Image fürchten und deshalb lieber wegschauen als eingreifen; weil Polizeireviere geschlossen und bekannte Neonazis damit aus dem Blick verloren werden; weil Protest gegen Rechts nicht nur bei Demonstrationen kriminalisiert wird; weil Programme gegen Rechtsextremismus reduziert und vor allem Jugendliche sich selbst überlassen werden. Allein die Bundesregierung hat in diesem Jahr zwei Millionen Euro für ein Anti-Neonazi-Programm gestrichen – um jetzt von der neuen Bedrohung von Rechts zu sprechen und den braunen Terror als Schande zu geißeln. Die wahre Schande ist, dass rechtsextreme Gewalt häufig unter den Tisch gekehrt wurde und wird: Auch 2010 gab es in Deutschland täglich mindestens drei Übergriffe mit braunem Hintergrund.

Das Einfordern von Zivilcourage ist die eine Seite, diese zu unterstützen und auch Perspektiven für die Zukunft zu bieten, ist die andere, die entscheidende Seite. Natürlich ist die NPD eine widerwärtige Partei, die sich gegen die Verfassung stellt. Doch ihre Abgeordneten können nur in Parlamenten sitzen, wenn sie gewählt werden – wenn ihre Parolen auf Zustimmung treffen. Der Kampf um die Köpfe, von den Rechtsextremen einst ausgegeben, ist längst in vollem Gange. Deshalb muss es darum gehen, die Partei überflüssig zu machen. Das ist allerdings noch schwieriger, als sie zu verbieten. **@a.debski@lvz.de**



Richter stoppt Breiviks wirre Tiraden

Attentäter von Oslo bezeichnet sich als „Ritter des norwegischen Widerstands“ / Urteil soll Mitte 2012 fallen

Oslo. Norwegens Justiz hat dem Massenmörder Anders Behring Breivik bei seinem ersten öffentlichen Gerichtstermin die erhoffte Bühne verweigert. Der zuständige Haftrichter Terkjel Nesheim unterband gestern in Oslo Breiviks Versuch einer Erklärung, bevor er die Untersuchungshaft für den 32-jährigen Rechtsextremisten und Islamhasser verlängerte. Breivik wollte sich bei seinem Auftritt vor Gericht an anwesende Hinterbliebene von Opfern und Überlebende seines Verbrechens wenden. Der Strafprozess um den Mord an 77 Menschen soll im kommenden April beginnen.

Nesheim sagte nach der Verhandlung: „Ich wollte nicht, dass er dies hier als Tribüne für allgemeine Erklärungen nutzen konnte.“ Breivik hatte am 22. Juli bei einem Massaker auf der Insel Utøya 69 Teilnehmer eines sozialdemokratischen Jugendlagers getötet. Kurz zuvor hatte eine von ihm im Osloer Regierungsviertel platzierte Autobombe acht Menschen getötet. Mit der Verlängerung der Untersuchungshaft bis zum 6. Februar entsprach das Gericht dem Antrag der Staatsanwaltschaft.

Zur Person sagte Breivik im Gericht: „Ich bin Ritter und Kommandant bei der norwegischen Widerstandsbewegung“, wie die Zeitung Aftenposten in ihrer Onlineausgabe berichtete. Den Richter lehne er wegen Befähigung ab, weil dieser von den „Stützen des Multikulturalismus“ beauftragt worden sei.

Weil nach wie vor nicht ganz auszuschließen sei, dass der Attentäter einen Helfer hatte, schränkte das Gericht zudem seine Besuche und seinen Briefverkehr bis zum 9. Januar ein. Nur noch bis zum 12. Dezember soll das seit der Festnahme am 22. Juli geltende Verbot der Lektüre von Zeitungen und anderen Medien gelten.

Hinterbliebene hatten vor dem Gerichtstermin in einer gemeinsamen Erklärung gegen einen von Medien erzeugten „Zirkus“ um Breivik protestiert. Sie wandten sich auch dagegen, beim Haftprüfungstermin die Öffentlichkeit zuzulassen. Das Urteil gegen Breivik soll im Sommer vor dem ersten Jahrestag der Anschläge fallen. Bis Dezember wird ein rechtspsychiatrisches Gutachten zur Zurechnungsfähigkeit Breiviks erwartet. **Thomas Borchert**



Volkssport Scheibenkratzen

Erste winterliche Unfälle in Thüringen und Bayern / Schneefall vorerst nicht in Sicht

Leipzig/Wiesbaden. Von Schnee noch keine Spur, aber frostig wird es trotzdem. „Scheibenkratzen wird in den nächsten Tagen zum Volkssport, denn die Nächte bleiben frostig“, so Diplom-Meteorologe Jung von wetter.net. Zum Frost gesellt sich teilweise sehr dichter Nebel, aus dem örtlich etwas Sprühregen fällt und die Straßen und Gehwege in gefährliche Rutschbahnen verwandelt. Bereits gestern gab es in Bayern zahlreiche Unfälle mit Toten und Verletzten aufgrund von Eisglätte, und die Winterdienste hatten ihren ersten großflächigen Einsatz.

Auch in Thüringen bekamen Autofahrer einen Vorgeschock auf den nahen Winter. Bei glatten Straßen und schlechter Sicht kam es zu mehreren Unfällen. Bei einem Zusammenstoß



Frühspurt für Autofahrer: Freie Sicht gibt es erst nach dem Scheibenkratzen. **Foto: dpa**

mit einem Kleintransporter in Bad Salzungen starb ein 47-Jähriger aus dem Wartburgkreis. Auf der Bundesstraße 4 im Norden von Erfurt kam es zu einer Massenkarambolage mit 19 Fahrzeugen. Dabei wurden nach Polizeiangaben zwei Menschen leicht verletzt.

Auf der Sonnenseite des ruhigen Novemberwetters stehen dagegen die Städte im Osten. So gehören beispielsweise Berlin, Leipzig oder Dresden zu den Gewinnern des Nebel-Lottos. So ist in Leipzig das Sonnenscheinsoll bereits mit 110 Prozent überfüllt, in Dresden sind es bereits 120 Prozent. Eindeutige Verlierer sind dagegen die Städte im Norden. In Hamburg, Kiel oder Helgoland hat die Sonne erst 10, 15 beziehungsweise 20 Prozent ihres Monatsolls erreicht. **Olaf Majer** **► Seite 4**